

Erfolgreicher Landesverbandstag

Schleswig - Im März hielten die schleswig-holsteinischen Mietervereine in Schleswig ihren diesjährigen Verbandstag ab. Mit 150 Gästen und Delegierten war die Beteiligung gut. Im „Öffentlichen Teil“ kritisierte der Landesvorsitzende Norbert Zander das im Jahre 2009 in Kraft getretene Wohnraumförderungsgesetz für Schleswig-Holstein, insbesondere die programmierten Verluste bei öffentlich geförderten Wohnungen. Innenstaatssekretär Volker Dornquast stellte die wohnungspolitischen Leitlinien der Landesregierung vor. DMB-Präsident Dr. Franz-Georg Rips setzte sich mit den von der schwarz-gelben Koalition geplanten Mietrechtsverschlechterungen auseinander und kritisierte diese als reine Klientelpolitik der FDP. DMB-Bundesdirektor Lukas Siebenkotten berichtete darüber, wie sich die Mieterorganisation neuen Herausforderungen stellt. Im „Internen Teil“ nahmen 106 Delegierte den Geschäfts- und Kassenbericht sowie den Revisionsbericht entgegen. Landesgeschäftsführer Jochen Kiersch berichtete erfreut darüber, dass nach vielen Jahren latenter Mitgliederverluste der Verband 2009 die Mitgliederentwicklung ins Plus drehen konnte. Er berichtete ausführlich über die wohnungspolitischen Aktivitä-



ten des Verbandes. Im Anschluss legte Kassiererin Angelika Jendritzka den Kassenbericht vor, der mit einem leichten Defizit abschloss. Verbandsrevisor Walter Bebenitz berichtete über die Kassenrevision beim Verband und beantragte die Entlastung des Vorstandes, der die Versammlung einstimmig zustimmte.

Der Verbandstag fasste anschließend die wohnungspolitischen Forderungen der Mietervereine neu und bestätigte die zur Wahl stehenden Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern. Es wurden Günter Dohrmann zum 2. Vorsitzenden, Jochen Kiersch zum Schriftführer, Angelika Jendritzka zur Kassiererin und Heidrun Clausen zur Beisitzerin wieder gewählt. ■

Die wohnungspolitischen Forderungen

Die schleswig-holsteinische Mieterorganisation fordert, das „Recht auf eine angemessene Wohnung“ in der Landesverfassung zu verankern. Sie setzt sich dafür ein, dass das überhöhte schleswig-holsteinische Mietgefüge auf ein angemessenes Niveau abgesenkt wird, besonders im hamburgischen Umland. Sie fordert angesichts von mehr als 300.000 Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, die allmähliche Aufstockung des geförderten Mietwohnungsbestandes auf 120.000 Wohnungen

und spricht sich klar gegen den Abriss intakter Bausubstanz mit öffentlicher Förderung aus. Der Verbandstag erhebt die Forderung, die Mietobergrenzen für geförderte Wohnungen zuverlässig bei 20 Prozent unterhalb der ortsüblichen Miete zu halten und bei geförderten Wohnungen die Betriebskosten zu deckeln.

Das vollständige Forderungsprogramm kann unter www.mieterbund-schleswig-holstein.de abgerufen werden.

Klimaschutz ohne Mieter

Unter der Internetadresse www.klimapakt.schleswig-holstein.de betreibt das Innenministerium eine Website, die die Senkung des CO₂-Ausstoßes fördern soll. Ein löbliches Unterfangen. Hintergrund ist der sogenannte „Klimapakt“ zwischen Innenministerium und Wohnungswirtschaft. Unter der Überschrift „Gemeinsam, verstärkt, quantifizierbar, dokumentierbar“ werden Wege gesucht, um den Klimaschutz partnerschaftlich anzugehen. Aber bitte ohne die Mieter. Ausgerechnet die Hauptbetroffenen sind im Klimapakt unerwünscht und trotz einer Beschwerde bei Innenminister Klaus Schlie persönlich als Partner nicht vorgesehen. Allenfalls als Gäste können Vertreter der Mieter-Organisation an Veranstaltungen des Klimapaktes teilnehmen. Dabei haben die Aussagen und Zielsetzungen der Klimapakt-partner es wirklich in sich: So finden sich im gemeinsamen Memorandum der Wohnungswirtschaftlichen Paktpartner Aussagen, die so einfach nicht stimmen: Angeblich „findet Klimaschutz im Wohnbereich hauptsächlich zu Lasten der Vermieter statt“. Keine Silbe davon, dass Modernisierungen

in der Regel auch Mieterhöhungen nach sich ziehen. Und weiter: „Das Mietrecht und die Grenzen der wirtschaftlichen Möglichkeiten auf Mieterseite verhindern aber, dass Mieter angemessen an den Kosten beteiligt werden können.“ Keine Silbe davon, dass der Vermieter gemäß Paragraph 559 BGB elf Prozent der für eine Modernisierung aufgewendeten Kosten als jährliche Mieterhöhung verlangen kann.

Das Memorandum regt an, „mit dem Mieterbund geeignete Maßnahmen zur Mietereinkerbung zu erarbeiten, um Verbesserungen im Nutzerverhalten zu erreichen und die Akzeptanz von Klimaschutzinvestitionen zu erhöhen“. Bravo! Bleibt nur noch die Frage zu klären, weshalb Innenministerium und Wohnungsverbände diese Vereinbarung lieber ohne Mieterbund abgeschlossen haben. Schon mit dem Entwurf für das Wohnraumförderungsgesetz, das im Jahre 2009 in Kraft getreten ist, hat sich das Innenministerium klar auf die Vermieterseite geschlagen. Dass der Mieterbund in den Klimapakt nicht eingebunden wird, ist also wohl kein Zufall, sondern Politik. ■

Prognos sieht Wohnungsdefizit

Kiel - Im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel und des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen legte das angesehene Prognos-Institut im März eine Studie unter der Überschrift „Wohnungsmangel in Deutschland – Auswirkungen und Ansätze zur Überwindung“ vor. Dabei prognostiziert das Institut für weite Teile Schleswig-Holsteins eine teils kräftige Wohnungsbaulücke. Besonders betroffen ist die Raumordnungsre-

gion 5, enthaltend die Kreise rund um die Hansestadt Hamburg. Aber auch die Raumordnungsregion 1 – praktisch der ganze Norden des Landes – hat demnach ein Defizit zu erwarten. Rund um Hamburg soll das Defizit 13,1 und mehr fehlende Wohnungen je 100 Haushalte, im Norden 10,1 bis 13 fehlende Wohnungen und in der Mitte 5,1 bis 10 fehlende Wohnungen betragen, wenn nicht die Situation durch eine deutliche Steigerung der Wohnungsbautätigkeit entschärft wird. ■

Landesmieterbund beim Schleswig-Holstein-Tag

Vom 4. bis 6. Juni 2010 findet in Rendsburg der diesjährige Schleswig-Holstein-Tag statt. Besuchen Sie doch den Mieterbund-Pavillon auf der Meile „Pink“ im Bereich Gesundheit und Soziales.

Telefonberatung beim Kieler Mieterverein

Kiel - Regelmäßig erhält der Kieler Mieterverein auch telefonisch Mietrechtsanfragen seiner Mitglieder. Diese werden – wenn möglich – auch sofort beantwortet. Bitte bedenken Sie bei telefonischen Anfragen aber Folgendes: In der Regel erreicht Ihre Anfrage „Ihren“ Rechtsberater während eines Beratungsgespräches. Wenn sich Ihre Anfrage sofort und ohne Prüfung schriftlicher Unterlagen oder der Akte beantworten lässt, dann wird dies auch geschehen, es sei denn, dies sei dem Mitglied, das aktuell beraten wird, nicht zuzumuten, zum Beispiel weil es schon mehrere Unterbrechungen des Beratungsgespräches gegeben hat. Es kann aber auch sein, dass die telefonische Anfrage kompliziert ist und Ihr Rechtsberater zur Beratung weiter ausholen müsste. Dann wird der Mieter-

verein Sie bitten, sich einen Telefontermin geben zu lassen, der fast genauso abläuft wie ein persönliches Beratungsgespräch in der Geschäftsstelle mit dem Unterschied, dass er telefonisch abgewickelt wird. Wenn Sie dazu schriftliche Unterlagen in der Hand haben, die der Rechtsberater kennen muss, sind Sie gebeten, diese dem Kieler Mieterverein so rechtzeitig zuzuleiten, dass sie zu dem Telefonberatungstermin vorliegen. Bedenken Sie bei alledem bitte: Nichts ist so effektiv wie das persönliche Beratungsgespräch auf der Geschäftsstelle. Aber natürlich sind auch Telefonberatungen möglich. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass Telefonanfragen nicht immer – ganz schnell zwischendurch – beantwortet werden können, abgesehen von unaufschiebbaren Fristen und dringenden Notfällen. ■

Mieterverein Kiel Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Kieler Mietervereins findet am Donnerstag, den **17. Juni 2010**, um 19.00 Uhr im Lichtsaal des Gewerkschaftshauses, Legienstraße 22, 24103 Kiel, statt. Hierzu wird herzlich eingeladen.

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Ehrung von Vereinsmitgliedern
3. Jahresbericht
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Aussprache zu den Berichten
7. Entlastung des Vorstandes
8. Anträge
9. Wahl zweier Revisorinnen/Revisoren
10. Verschiedenes

Bitte bringen Sie Ihren Mitgliedsausweis mit, er dient zugleich als Stimmkarte. Bewirtungsgutscheine werden vor der Versammlung ausgegeben.

Der Vorstand